

# Redezeitbeschränkung bremst Windradgegner

**Bäretswil** Eine Gemeindeversammlung ist kein Podium. Und so gab es zum Thema Windräder in Bäretswil auch überraschend viele gemässigte Stimmen. Doch bald wird die Debatte wieder neuen Schwung erhalten.

**Bettina Schnider**

Sie sind immer traktandiert, doch selten der Hauptpunkt an der Gemeindeversammlung: die Anfragen an den Gemeinderat. Anders am Mittwochabend in Bäretswil. Die Geschäfte handelten die fast 100 Stimmberechtigten zügig ab. Im Anschluss musste der Gemeinderat aber gleich zwei solche Anfragen beantworten – und zwar zum Reizthema Windenergie.

Das hat eine Vorgeschichte: Auch in Bäretswil befinden sich Potenzialgebiete, die dereinst im kantonalen Richtplan eingetragen werden könnten.

Der Widerstand ist gross: In der Region gibt es zahlreiche Initiativen, die Abstandsregeln zu Windrädern in der Bau- und Zonenordnung (BZO) festschreiben wollen. In gewissen Gemeinden wie Wildberg oder Russikon wurden diese bereits angenommen – immer mit grosser Mehrheit, trotz vielen offenen Rechtsfragen. Doch der Bäretswiler Gemeinderat findet, dass eine solche Initiative gar nicht zulässig ist. In die BZO gehörten nur Vorschriften für die Bauzonen. Laut dem Zürcher Planungs- und Baugesetz (PBG) befinden die sich im Siedlungsgebiet.

Die Potenzialgebiete liegen aber weit ausserhalb davon. Der Gemeinderat hat deshalb Ende September die Initiative von Vertretern des Vereins Gegenwind Bäretswil für ungültig erklärt. Eine Beschwerde der Initianten beim Bezirksrat ist hängig.

Vermutlich deshalb setzte Barbara Schoch (FDP), Ressortleiterin Hochbau, Planung und Energie, zuerst zu allgemeinen Ausführungen an. Sie erklärte das Verfahren für den Eintrag in den Richtplan. Dieser wird zuerst öffentlich aufgelegt, vermutlich im

kommenden Jahr. «Der Gemeinderat wird zusätzlich via Newsletter und «Bäri-Post» darauf aufmerksam machen», versprach sie. Die Kompetenz zu dessen Festsetzung liege aber ohnehin beim Kantonsrat.

Erst dann nahm sie zu den Fragen von Jörg Haldimann Stellung. Dieser wollte beispielsweise wissen, wieso Bäretswil als bisher einzige Gemeinde im Kanton eine Initiative für ungültig erklärt hat. «Die Initiative verstösst gegen übergeordnetes Recht», erläuterte Schoch nochmals. Folglich hat sie der Gemeinderat für ungültig erklärt.

Beim Thema Naturschutz und Windräder stützt sich der Gemeinderat auf die Güterabwägung des Kantons, wünscht sich aber, dass zusätzliche Aspekte zum Tourismus berücksichtigt werden. «Für den Gemeinderat ist es wichtig, die wertvollen Naherholungsgebiete für eine breite Bevölkerungsschicht zu erhalten», betonte Schoch.

## Kein Podium, keine Präsentation

Gleichzeitig liess der Gemeinderat in den Antworten durchblicken, dass er sich nicht mit allen hypothetischen Ereignissen beschäftigen will. So sagte Schoch auf eine Frage nach der Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen: «Aktuell sind keine Baugesuche in Bearbeitung, daher stellt sich die Frage nicht.» Dasselbe gelte für einen möglichen Rückbau.

Fragensteller Haldimann nahm die Antwort zur Kenntnis und fügte an, dass er sich Sorgen macht. «Was sind denn die «Assets» einer Gemeinde: die Steuern, aber auch die Landschaft und die Natur.» Und seine Absicht war

klar: Er suchte die Debatte. «Damit würde ich jetzt gerne die Diskussion eröffnen.»

Da schritt Gemeindepräsident Teodoro Megliola (parteilos) ein erstes Mal ein – er hatte als Versammlungsleiter anschliessend einiges zu tun. Er liess, so wie es das Gemeindegesetz vorschreibt, darüber abstimmen, ob eine Diskussion gewünscht ist. Der Antrag wurde mit 45 Ja- und 37 Nein-Stimmen angenommen. «Es ist aber kein generelles Podium», mahnte Megliola.

Als Erster meldete sich Jürg Nägeli, Vereinspräsident von Gegenwind Bäretswil, zu Wort. «Auch in den Bauzonen könnte ein Windrad gebaut werden», ist er überzeugt. Und zwar beim Kieswerk Schürli. Er habe zudem eine Präsentation mit Visualisierungen zum Thema dabei. «Die würde etwa 10 Minuten dauern.»

Der Gemeindepräsident intervenierte sofort: «Das ist kein Podium.» Barbara Schoch erwiderte, dass das Kieswerk wohl kaum als Standort geeignet sei. «Die Analysen für Windenergie laufen ausserhalb der Bauzone», betonte sie nochmals. Dort sei die Gemeinde nicht zuständig.

## «Nicht bei Asterix und Obelix»

Die Ankündigung von Nägeli erweckte wohl bei einigen die Sorge nach einer ausufernden Diskussion. So stellte ein Stimmberechtigter sogleich den Antrag, die Redezeit zu beschränken – auf nur eine Minute. Knapp, mit 42 zu 38 Stimmen, wurde der Ordnungsantrag angenommen.

Das nahm wohl einigen der zahlreich erschienenen Windradgegner den Wind aus den Segeln. Ausufernde Voten gegen die Windenergie gab es keine.



Zwar waren es nur Anfragen, aber die Windenergie war trotzdem das Hauptthema an der Gemeindeversammlung in Bäretswil. Fotos: Bettina Schnider/Jan Woitas (dpp)



Ein Anwesender merkte zwar an: «Ich habe das Gefühl, Ihr seid pro Windrad «da vorn».» Er fühle sich nicht vertreten. Megliola kommentierte trocken: «Danke für die Stellungnahme.»

Ein weiterer Teilnehmer mahnte an, welches Signal die Ungültigkeitserklärung nach Zürich sende. «Was gibt das für ein Bild ab, wenn wir uns nicht wehren?»

Daraufhin meldete sich Gerhard Fischer (EVP) zu Wort: «Als ehemaliger Kantonsrat kann ich Ihnen sagen, das hätte keine Signalwirkung.» Er verwies wie der Gemeinderat auf den Prozess der Vernehmlassung zum Richtplan. «Und ich kann mir vorstellen, dass alle Potenzialgebiete in Schutzgebieten dann ohnehin draussen sind.» So auch beim Bachtel.

Eine ähnliche Stossrichtung wählte Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil. «Wir sind nicht bei Asterix und Obelix.» Der Gemeinderat müsse nicht gegen den Kanton kämpfen. «Wir

haben Gesetze, und die Gemeinde ist dem Kantonsrecht untergeordnet.» Wenn es nicht so wäre, gäbe es auch keine Subventionen mehr aus Zürich.

## Rekurs ist hängig

Zu einer kleinen Debatte kam es dann doch noch. Ein weiterer Stimmbürger mahnte an, dass Windräder eine «Katastrophe» wären für die Landschaft. Da warf ein anderer sofort ein, wie es denn um Hochspannungsleitungen stehe. «Diese könnten bleiben», erwiderte der erste. Als sich eine weitere Diskussion anzeigte, un-

terbrach der Gemeindepräsident: «Es ist wirklich kein Podium.»

Nach einer Frage zum Vernehmlassungsprozess stellte ein Anwesender den Antrag auf Diskussionsabbruch. Diesem wurde mit grossem Mehr stattgegeben. Über die zweite Anfrage mit ähnlichem Inhalt wurde nicht mehr diskutiert.

Die Debatte wird in Bäretswil wohl weitergeführt, wenn der Bezirksrat über die Gültigkeit der Initiative entschieden hat. Laut Gemeindeschreiber Andreas Sprenger rechnet die Gemeinde aber nicht mehr mit einer Antwort in diesem Jahr.

## Die weiteren Traktanden

Die Stimmberechtigten genehmigten das Budget und den Steuerfuss von 106 Prozent mit grossem Mehr. Zudem stimmten sie der Teilrevisi- on der Verordnung über die Wasserversorgung und der Verordnung

über die Gebühren für Siedlungs- entwässerungsanlagen zu. Ebenso genehmigten sie den Kredit in Höhe von 170 000 Franken für die Überarbeitung des Generellen Entwässerungsplans (GEP). (bes)

# Bubikon will in die Zukunft investieren

**Bubikon** Wie am Vormittag in Bern gab es auch an der Gemeindeversammlung in Bubikon vom Mittwochabend viel zu diskutieren. Am meisten über die Schulplanung – und hier hat man nun Grosses vor.

Es waren vielleicht auch, aber sicher nicht nur der Glühwein und die Grittbänzen, die vor der Versammlung verteilt wurden. Der Besucherandrang war hauptsächlich deshalb so gross, weil die Stimmberechtigten von Bubikon und Wolfhausen offensichtlich gewillt waren, einer der grössten Investitionen der Gemeinde die richtige Starthilfe zu geben. Es ging um den Wettbewerbskredit für ein neues Schulzentrum in Bubikon. Aber nicht nur das. Auch die Anwohner der Höslistrasse in Bubikon kamen in Scharen. Sie wollten dafür sorgen, dass ein weiteres Projekt, ein langersehnter Kreisel, durchkommt. Natürlich eine Kragenweite kleiner als die Schulsache. Noch ahnte aber niemand der 241 Stimmberechtigten, dass man vor einer dreieinhalbstündigen Versammlung stand.

## Unzumutbarer Zustand

Dabei ging es in diesem ersten Schritt gar nicht um viel Geld. Der Kredit für die Durchführung eines Projektwettbewerbs beträgt nur 625 000 Franken. Aber die ganze Sache hat es in sich.

In rund vier Jahren sollen die heutigen Schulhäuser Spycher- wie und Mittlistberg mitten in Bubikon durch ein neues Schulzentrum ersetzt werden. Dieses Zentrum soll im gleichen Perimeter wie die heutigen Schulhäuser erstellt werden und neue Turnhallen sowie ein neues Schwimmbad umfassen. Man rechnet mit Kosten von rund 68 Millionen Franken. Eine Rieseninvestition für die Gemeinde und eine Erkenntnis aus der breit angelegten Immobilienstrategie.

## Ein Blick ins Jahr 2037

Reto Frey (GLP), Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit, zeigte auf, wie die Gemeinde in der Schulraumplanung neu denken will. Früher sei viel aufgrund von kurzfristigen Bedürfnissen geplant worden. Das wolle man nicht mehr. Sondern man denke viel weiter.

Bis ins Jahr 2037 könnte die Gemeinde Bubikon von heute 7500 auf über 9300 Einwohner wachsen. Das ist ein realistisches Szenario, das durch ein entsprechendes Planungsbüro erstellt worden ist. Und dafür will man

gerüstet sein. Die neuen Schulgebäude sollen den Bedarf in der Zukunft decken können.

Geplant ist ein offener Studienauftrag, in dem zusammen mit den Planungsbüros die Rahmenbedingungen besprochen und justiert werden. Geplant ist auch, das Schulhaus Spycher- wie zu erhalten – notgedrungen, weil es im Inventar des kantonalen Denkmalschutzes steht. Es ist aber heute in einem derart baufälligen Zustand, dass die Sanierung allein ein ziemlich grosses Teilprojekt ist.

## Dann ging es erst richtig los

Was folgte, waren eine längere Diskussion und verschiedene Anträge. Moritz Kälin, Präsident der GLP, zeigte sich besorgt, ob das Projekt für die Gemeinde nicht zu gross sei, musste aber einräumen, dass der Bedarf doch offensichtlich ist. Severin Spörri wollte keinen Neubau, sondern eine Sanierung der heutigen Gebäude. «Sie sind doch noch gut genug.» Er stellte schliesslich einen Rückweisungsantrag.

Markus Brunner fragte nach, ob wirklich nur das Schulhaus

Spycher- wie erhalten bleibe, und er zweifelte daran, dass Bubikon ohne eine Steuerfusserhöhung ein solches Projekt stemmen könnte. Was im Übrigen auch Gemeindepräsident Hans-Christian Angele (FDP) so nicht ausschliessen kann, «aber nach heutigen Berechnungen braucht es keine Erhöhung». So wünschte sich Brunner eine Etablierung des Vorhabens, ohne aber einen Antrag zu stellen.

Ein solcher kam dann von Peter Roth, seines Zeichens Architekt aus Wolfhausen. Er forderte, einen «ganz normalen Architekturwettbewerb» durchzuführen, damit auch junge und kleine Architekturbüros eine bessere Chance hätten.

## Der Sieger war der Schulleiter

Im Rahmen der langen und teilweise etwas langfädigen Diskussion zeigte sich der Schulleiter der Primarschule Bubikon, Urs Tschamper, als Sieger des Abends. Seine Schilderung der unzumutbaren Zustände in den Bubiker Schulhäusern – und der Turnhalle Spycher- wie – überzeugte die Stimmberech-

tigten davon, dass es nun an der Zeit ist, Nägel mit Köpfen zu machen. Er erklärte die Situation und zeigte auf, welche Bedürfnisse die heutige Schule hat und wieso – dies auf eine weitere Frage von Markus Brunner – heute Gruppenräume pro Schulzimmer einfach unabdingbar sind.

So war es schliesslich eine klare Sache: Der Wettbewerbskredit wurde ohne Änderung oder Anpassung und mit grosser Mehrheit bewilligt. Die Planung der neuen Schule in Bubikon kann beginnen.

Die Schule in Wolfhausen muss noch etwas warten; aber dass auch dort in den nächsten Jahren Investitionen anstehen, ist klar.

## Die Kreiseldiskussion

Das letzte Thema war dann der besagte Kreisel an der Höslistrasse, ein Kantonsprojekt, für das die Gemeinde einen Kredit von 2,6 Millionen Franken beantragte. Seraina Billeter (SVP), die Hochbauvorsteherin, präsentierte das Projekt. Obwohl viel diskutiert und gefragt wurde,

Anwohner die unzumutbare Verkehrssituation im Wohnquartier schilderten und auch noch die Platzierung der Bushaltestelle hinterfragt wurde (Auf oder neben der Fahrbahn?), war es eine klare Sache. Von der Gemeinde nur optional gesehene Anpassungen am Strassenraum wurden sogar gleich mit ins Paket gepackt. Und diese 150 000 zusätzlichen Franken fallen ja auch kaum ins Gewicht.

## Und was ist mit dem Geld?

Ein Nebenschauplatz war das Budget, das zwar lange von Finanzvorsteherin Susanne Berchtold (FDP) präsentiert wurde, aber angesichts der guten Zahlen nicht so wirklich interessierte. Der anvisierte Überschuss von 4,3 Millionen Franken soll helfen, Reserven für die grossen Projekte (siehe oben) zu schaffen. Deshalb wird auch am stattlichen Steuerfuss von 118 Prozent festgehalten, und die Stimmberechtigten bissen ohne Wimpernzucken in diesen sauren Apfel.

**Michael Kaspar**